

Dompredigerin Christiane Münker

23. Sonntag nach Trinitatis, 03. November 2024, 10 Uhr

Predigt über Römer 13, 1-7

(Kanzelgruß: „Die Gnade unseres Herrn Jesus Christus und die Liebe Gottes und die Gemeinschaft des Heiligen Geistes sei mit uns allen.“)

Liebe Gemeinde!

Mutiges, widerständiges Handeln von zwei Hebammen hat das Volk Israel in Ägypten gerettet – davon haben wir eben als alttestamentliche Lesung gehört. Zwei junge Frauen taten nicht, was der Pharao, was die Obrigkeit, befohlen hat. Man muss Gott mehr gehorchen, als den Menschen – diese Botschaft zieht sich durch die gesamte Bibel - erst recht, wenn Unrecht und Gewalt, gar Mord gefordert wird, selbst wenn der Befehl von ganz oben kommt! Der Ungehorsam der Hebammen, ein frühes Beispiel für Widerstand gegen die staatliche Obrigkeit. Daneben haben wir im Evangelium Jesu Worte zur Steuer gehört: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist – und nun sind uns als Predigttext Worte des Apostels Paulus aufgegeben, die uns bei unserem Verhältnis als Christinnen und Christen zu Obrigkeit und staatlicher Ordnung in vielfacher Weise herausfordern: Überschrieben in der Lutherbibel mit „Das Verhältnis zur staatlichen Gewalt“

Ich lese aus dem Römerbrief im 13. Kapitel:

Jedermann sei untertan der Obrigkeit[1], die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit ist, ist sie von Gott angeordnet. 2 Darum: Wer sich der Obrigkeit widersetzt, der widerstrebt Gottes Anordnung; die ihr aber widerstreben, werden ihr Urteil empfangen. 3 Denn die Gewalt haben, muss man nicht fürchten wegen guter, sondern wegen böser Werke. Willst du dich aber nicht fürchten vor der Obrigkeit, so tue Gutes, dann wirst du Lob von ihr erhalten. 4 Denn sie ist Gottes Dienerin, dir zutut. Tust du aber Böses, so fürchte dich; denn sie trägt das Schwert nicht umsonst. Sie ist Gottes Dienerin und vollzieht die Strafe an dem, der Böses tut. 5 Darum ist es notwendig, sich unterzuordnen, nicht allein um der Strafe, sondern auch um des Gewissens willen. 6 Deshalb zahlt ihr ja auch Steuer; denn sie sind Gottes Diener, auf diesen Dienst beständig bedacht. 7 So gebt nun jedem, was ihr schuldig seid: Steuer, dem die Steuer gebührt; Zoll, dem der Zoll gebührt; Furcht, dem die Furcht gebührt; Ehre, dem die Ehre gebührt.

Liebe Gemeinde, diese Worte des Apostel Paulus scheinen vielen auf den ersten Blick sicher fragwürdig, vielleicht sogar anstößig und sie rufen Widerstand hervor. Jede Obrigkeit von Gott? Obrigkeit mit Schwert als Gottes Dienerin? Finanzbeamte gar als Gottes Bedienstete? Sind diese Worte nicht die Quelle evangelischen Untertanengeistes schlechthin? In der Tat hat dieser Text eine verhängnisvolle Auslegungs- und Wirkungsgeschichte! Religiöse Überhöhung der staatlichen Ordnungen und der Obrigkeit - Unterordnung als Christenpflicht! Die verhängnisvolle Verquickung von Thron und Altar, die ja hier im Berliner Dom sehr deutlich zu spüren ist, hat sich natürlich auch auf diesen Text berufen.

Vor drei Tagen haben wir Reformationstag gefeiert – bei dem großen Reformator Martin Luther, hier vorne steht er stolz, findet sich, die meisten wissen das, auch

Erschreckendes. Er schreibt 1525 in seinem Pamphlet „Wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern“: „Der Esel will Schläge haben und der Pöbel will mit Gewalt regiert sein. Das wusste Gott wohl; darum gab er der Obrigkeit nicht einen Fuchschwanz, sondern ein Schwert in die Hand...steche, schlage, würge hier, wer da kann. Bleibst du darüber tot, wohl dir, seligeren Tod kannst du nimmermehr überkommen. Denn du stirbst im Gehorsam göttlichen Wortes und Befehls, Römer 13,4 und im Dienst der Liebe ...“ Soweit Luther.

Liebe Schwestern und Brüder, es ist wichtig und für uns als Kirche notwendig, diese verhängnisvolle Geschichte nicht zu verdrängen, Schuld und Scham zu benennen! Und es ist deutlich, dass wir uns diesem Text anders nähern müssen, denn diese unsägliche Auslegungstradition ist falsch! Sie kann sich nicht auf den gnädigen Gott Israels, den barmherzigen Vater Jesu Christi berufen – und eben auch nicht auf die Worte des Paulus, so fremd sie uns auch heute scheinen mögen. Denn Paulus geht es nicht um eine abstrakte, zeitlos gültige Staatsbürgerkunde für Christen. Nein, er schreibt, wie alle seine Briefe, ganz konkret an eine Gemeinde zu einer bestimmten Zeit! Und: er stellt diese Worte bewusst in den sehr deutlichen Kontext von Liebe und gerechtem, gutem Handeln. „Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem“, so schreibt er einen Vers vorher, und direkt danach heißt es: „Seid niemandem etwas schuldig, außer dass ihr euch untereinander liebt.“

Liebe als Grundprinzip allen Zusammenlebens – „Alles, was ihr tut, geschehe in Liebe“ – das ist der Paulussatz, der uns in diesem Jahr 2024 auf ganz besondere Weise als Jahreslosung begleitet und Gottes Botschaft wunderbar und prägnant zusammenfasst. Das werden hoffentlich auch unsere Täuflinge erfahren und im Glauben leben.

Und so müssen wir uns den, in der Tat schwierigen Worten des Paulus an die erste Gemeinde in Rom ca. 50 nach Christus anders nähern. Nochmal, Paulus entfaltet hier gerade keine allgemeine Lehre vom gerechten Staat, sondern es geht ihm in einer konkreten Situation um Klugheit und Realismus. Die christliche Gemeinde war eine kleine, bedrängte, machtlose Minderheitsgemeinschaft, und: die Mitglieder waren Bürgerinnen und Bürger Roms, einer für Paulus durchaus geordneten Macht. Und Paulus mahnt nun, in dieser Welt, an dem Ort, wo sie stehen, klug und aufrichtig zu leben als Teil des Staates. Paulus will hier weder dem Staat göttliche Macht geben – Ehre, wem Ehre gebührt, und das ist Gott! – noch will er, dass sich Christinnen und Christen aus der Welt zurückziehen und in einer Art „frommen Blase“ leben. Auch Christinnen und Christen sind Staatsbürger und müssen so mitten in der Welt ihren Glauben leben. Und diese Welt braucht eine Ordnung, natürlich eine gerechte, aber das erwartete er damals von Rom.

Das der Staat göttlich überhöht wird, dass zwischen staatlicher Regierung und göttlicher Macht nicht getrennt wird, das ist zu allen Zeiten eine große Gefahr – denken wir z.B. heute auf der einen Seite an einen Gottesstaat wie den Iran, wo geistliches Personal auch staatliche Bereiche zu beherrschen versucht. Und auf der anderen Seite Nordkorea, wo dem staatlichen Führer auch religiöse Qualitäten zugeschrieben werden.

Paulus stellt klar: als Christinnen und Christen, auch wenn ihr geadelt seid zu Mitbürgern der Heiligen und Gottes Hausgenossen, lebt ihr noch mitten in der Welt, und die braucht Ordnung. Mit seinem Eintreten für den Staat und für die Obrigkeit wehrt er jeglichen fundamentalistischen und sektiererischen Ansätzen, zu denen auch heute manche Menschen angeblich aus Glaubensgründen neigen. Zu allen Zeiten gab und gibt es religiöse Gruppierungen, die sich von der Welt distanzieren und sich eigenstaatliche Ordnungen und Gebote geben. Dagegen betont Paulus: Ihr seid Christen und Staatsbürger – ganz an Gott und seine Gebote, an euren Glauben und eure Überzeugung gebunden und zugleich bewusst, dass ihr auf ein funktionierendes Gemeinwesen und staatliche Ordnung angewiesen sind und damit lebt.

Und wie dankbar können wir da heute sein, dass wir hier bei uns in einer funktionierenden Demokratie leben – aber: wir spüren deutlich, wie bedroht und fragil diese gute Rechtsordnung ist. Mit großer Aufmerksamkeit blicken wir in diesen Tagen nach Amerika – ja, noch gelten dort demokratische Regeln, aber die Ereignisse nach der letzten Wahl und so manche Äußerungen bereiten Sorge. Auch die Entwicklungen bei uns, deutlich antidemokratische Äußerungen und gesichert rechtsextreme PolitikerInnen in Parlamenten, müssen uns als Christinnen und Christen aufrütteln. Wir haben, und das betont auch Paulus, sicher zu ganz anderer Zeit mit seinen Worten, die Pflicht, mitten in der Welt an der staatlichen Ordnung mitzuwirken – und das heißt heute auch demokratisch zu wählen. In einer Demokratie zur Wahl zu gehen, sollte selbstverständlich für uns sein. Als Bürger einer Demokratie mischen wir mit und mischen uns ein. Wir informieren uns, schon der Theologe Karl Barth riet, den Tag mit Bibel und Tageszeitung zu beginnen! Und wie gut, dass es immer noch in den Parlamenten Menschen gibt, die sich ganz bewusst zu ihrem Glauben bekennen. Wer bereit ist, politische Verantwortung zu übernehmen, verdient unseren Respekt und so erschrecken uns die zunehmenden Anfeindungen und Übergriffe zutiefst. Wir haben in Deutschland eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat. Das erleben wir besonders auch in Berlin und im Dom immer wieder, das neue Format des Politischen Abendgebetes, Politiker auf der Kanzel, ... wir werden als Kirche in vielen Bereichen gefragt und können mitwirken. Das heißt ja gerade nicht, dass wir zu allem Ja und Amen sagen, aber wir haben bei uns keinen Grund, nur zu jammern und auf die da Oben zu schimpfen. Dass das ist in diesen Tagen nicht immer leicht ist, wissen wir alle. Demonstrationen und ziviler Ungehorsam sind an manchen Stellen immer wieder nötig. Wie gut, dass das zu unserer Staatsordnung gehört. Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung kann gar nicht deutlich genug angemahnt werden, auch öffentlich auf den Straßen, aber bitte friedlich und verhältnismäßig! Übrigens gehört natürlich auch das Zahlen von Steuern zu einem funktionierenden Rechtssystem! Gebt dem Staat, was des Staates ist und Gott, was Gottes ist. Ehre und Anbetung Gott allein, aber eben mitten in der Welt, die Ordnung braucht.

Liebe Gemeinde, das Verhältnis von Staat und Kirche, Christen und Obrigkeit – ist zu allen Zeiten neu herausgefordert zu Stellungnahme und Ortbestimmung. Wo Gottes Gebote und seine Liebe zu allen Menschen missachtet werden, wo nicht mit Recht und Gerechtigkeit regiert wird, wo die Würde eines Geschöpfes Gottes angetastet wird, da ist unsere Stimme und unser Handeln gefragt.

Bis heute für mich wegweisend, haben es die Väter und Mutter der Barmer Theologischen Erklärung 1934, also vor 90 Jahren, in einer dunklen Zeit Deutschlands, bleibend gültig formuliert und mit dieser quasi Auslegung von Römer 13, gewiss in konkreter Situation, möchte ich schließen: In These 5 heißt es: „Die Schrift sagt uns, dass der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Anordnung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes durch das Gott alle Dinge trägt.“

(Kanzelsegen: „Und der Friede Gottes, der höher ist, als alle Vernunft, bewahre eure Herzen und Sinne in Christus Jesus, unserm Herrn.“)